

Wiesbadener Angelegenheiten.

Wiesbaden, 11. Oktober 1915.

Kriegstagung der Jugendfürsorge.

Am Samstag wurden die Beratungen der Zentrale für Kriegsfürsorge zu Ende geführt. In einer Sonderberatung unterhielt man sich vornehmlich über praktische Maßnahmen nach dem Kriege für die abwandernden Jugendlichen. Der von Harrer Schulze gemachte Vorschlag, daß Jugendliche vom Lande keinen Abwanderungschein mehr bekommen sollen, wenn sie nicht nachweisen können, daß sie bereits eine Stellung oder ein Heim in der Stadt in fester Aussicht haben, wurde vom Vorsitzenden als nutzlos bezeichnet. Die Jugendlichen gingen äußerst selten sofort vom Lande auf die Waise, sondern meist werden sie erst von der ersten oder dritten Stelle in der Stadt Wanderbüchel. Und dann gingen sie auch ohne Erlaubnis.

Von Dr. Bolligkeit waren Leitfäden entworfen, die in folgendem gipfeln: Zur Reform des Obdachlosenwesens für Jugendliche schlägt er vor:

1. Die Obdachlosenfürsorge für Jugendliche ist nach den Grundsätzen der Jugendfürsorge einzurichten und darf sich deshalb nicht in der Beförderung und Beherbergung erschöpfen, sondern muß zugleich eine beratende und vermittelnde Fürsorge zur Erlangung einer Arbeitsgelegenheit vorziehen. In den Städten sind Heime und Herbergen für jugendliche arbeitssuchende Ortsfremde einzurichten unter Anlehnung an Stellen des Arbeitsnachweises und der Jugendfürsorge. Es empfiehlt sich, mit der Beherbergung zugleich eine Arbeitshütte zur Beschäftigung der obdachlosen Jugendlichen zu verbinden.

Die persönliche Fürsorge für die Obdachlosen ist am besten geeignet, den Rängen der polizeilichen und strafrechtlichen Behandlung abzuwehren.

Die Aburteilung wegen strafbarer Obdachlosigkeit sollte nur nach genauer Prüfung der Voraussetzungen, vor allen Dingen des Umstandes, ob es dem Jugendlichen nach Lage des Arbeitsmarktes und seiner persönlichen Verhältnisse möglich war, sich entsprechend der polizeilichen Verwarnung ein Unterkommen im Sinne des § 361 des Strafgesetzbuches zu verschaffen.

2. Neben der Bereitstellung von Jugendherbergen ist die Vermittlung einwandfreier Schlafstellen für Jugendliche und deren Überwachung vorzuziehen.

Im weiteren macht er Vorschläge für die Regelung des Wanderwesens, für die Aufnahme jugendlicher Personen in Wanderarbeitsstätten, für das Melde- und Fahndungswesen für jugendliche Personen, für die erste Hilfeleistung fürsorgebedürftiger Ortsfremder und die Heimbeförderung ortsfremder jugendlicher Personen. Unter anderem fordert er:

1. Den in der Fremde fürsorgebedürftig werdenden Jugendlichen ist seitens der öffentlichen und privaten Stellen die erste Hilfeleistung zu gewähren, ohne Rücksicht auf örtliche Zuständigkeit, und zwar bis zu dem Augenblick, an welchem die betreuenden Heimatstellen eingreifen oder die erbetene Hilfe begründet ablehnen.

2. Bei den Justizverwaltungen ist anzutreten, die nachgeordneten Vormundschaftsgerichte darauf hinzuwirken, daß sie für ortsfremde Jugendliche, die sich in dringlicher Gefahr der Verwahrlosung befinden, von der Möglichkeit der vorläufigen (fürsorglichen) Unterbringung nach den Landesgesetzen über die Fürsorgeerziehung ausgiebigen Gebrauch machen.

3. Bei Nichteingreifen der öffentlichen Behörden ist es eine vornehmliche Pflicht der freiwilligen Jugendfürsorge, ortsfremden Jugendlichen die erste Hilfeleistung zu gewähren.

In der Begründung seiner Leitfäden meinte Herr Bolligkeit, er wolle nicht die Gesamtaufgaben des großen Gebietes auflösen, sondern nach den gegebenen Möglichkeiten Vorschläge machen. Es soll zunächst eine verhältnismäßige Reform versucht werden, um den Wandererstrom zu regeln und Dämme rückwärts zu bauen. Rettungsarbeit bei Strandrungsgefahr, Unterstützung der Arbeitslosigkeit und Vorbeugung gegen die Abwanderung erscheinen als erste Aufgaben. Die städtischen und privaten Körperschaften möchten die Jugendlichen von den Erwachsenen sondern, um sie individuell zu behandeln.

Bürgermeister Dr. Luppe berichtete, daß Frankfurt eine besondere Herberge für Jugendliche einrichten will, an die die Zureisenden zu verweisen sind, damit sie nicht erst mit Polizei und Gericht in Verberührung kommen.

Es äußerten sich dann noch verschiedene Geistliche zu den aufgeworfenen Fragen. Sie wollen die Fürsorge für die jugendlichen Wanderer und Obdachlosen mehr den Caritasverbänden überweisen wissen. Harrer Dr. Wertmann aus Freiburg empfahl eine stärkere Einwirkung auf die elterliche Gewalt, an deren Stelle nötigenfalls die Vormundschaftsbehörde treten soll. Demgegenüber wurde von einem Generalschaftsvertreter mit Recht betont, der springende Punkt sei, daß Polizei und Gerichte nicht gleich mit Polizeistrafen bei der Hand sind, die so leicht vererblich wirken. Besser wäre es, solche jungen Leute sofort mit ihrer Berufsvertretung in Verbindung zu bringen. Die bürgerlichen Herren wollten das zwar nicht gelten lassen; sie halten die Fürsorgeerziehung in vielen Fällen für etwas Nützlich und Gutes.

Die vorgelegten Leitfäden fanden Annahme. Um für die Praxis etwas Erprobliches zustande zu bringen, soll ein besonderer Ausschuss von Fachleuten, in dem die verschiedenen Vereins- und kommunalen Richtungen vertreten sind, die gegebenen Anregungen im Einzelnen durchberaten, um sie dann in endgültiger Fassung der Staatsregierung zur Verfügung zu stellen.

Mit dem Dank an die Stadt Frankfurt, an den Ortsausschuss und die Teilnehmer schloß Amtsgerichtsrat Dr. Köhne nach 7 Uhr die Sitzung.

Zur Milchversorgung der Bevölkerung.

Der Vorstand des Deutschen Städtetages hat an den Reichskanzler zur Milchversorgung der Bevölkerung folgende Eingabe gerichtet:

Wiederholte Eingaben des Deutschen Städtetages an die Reichsfuttermittelstelle haben nicht zur Anerkennung der Tatsache geführt, daß für die Milchherzeugung der Städte besondere Maßregeln unerlässlich sind. Wir hatten zunächst vorgeschlagen, daß den mildenden Städten eine besondere Zulage an Kraftfuttermittel gewährt werden möchte. Nachdem dieser Antrag abgelehnt worden war, hatten wir den weiteren Vorschlag gemacht, daß diese Vierzehner und das Blutmehl, zwei gewissmaßen in den Städten erzeugte Kraftfuttermittel, auf Wunsch den städtischen Verwaltungen überlassen werden möchte zwecks Steigerung der Milchherzeugung im Interesse der

Bevölkerung. Dieser Antrag in etwas abgeänderter Form ist auch von unserem Geschäftsführer Herrn Dr. Luther, der Mitglied des Beirats der Reichsfuttermittelstelle, Abteilung für Kraftfuttermittel, ist, im Beirat eingebracht, aber dort abgelehnt worden. Ebenso hat die Reichsfuttermittelstelle selbst auf unseren schriftlichen Antrag uns abschlägig beschieden.

Nach allen Beobachtungen glauben wir uns nun aber zu der Ueberzeugung berechtigt, daß die im ganzen Deutschen Reich erzeugte Milch den dringenden Bedürfnissen des gesamten deutschen Volkes, besonders der Kinder, nach Milch, durchaus genügt. Die Art, mit der die vorhandenen Futtermittel verteilt werden, scheint aber dahin zu führen, daß in ländlichen Bezirken ein verhältnismäßig größerer Betrag von Milch verbleibt, während in den städtischen Bezirken eine wirkliche Not entweder schon ausgebrochen ist, oder doch unmittelbar bevorsteht. Wir enthalten uns eines besonderen Vorschlages, auf welchem Wege diese Verhältnisse zu bessern sein mögen. Ob eine Beschlagnahme der Milch durchführbar ist, erscheint auch uns zweifelhaft. Für den nächstliegenden Ausweg halten wir noch wie vor, daß ein Teil der Futtermittel nicht in der jetzt üblich gewordenen, die landwirtschaftlichen Gebiete unangemessen besorgenden Weise verteilt, sondern so verteilt wird, daß die dringendsten derzeitigen Bedürfnisse auch der städtischen Bevölkerung befriedigt werden.

Die Milchnot hat in den Erörterungen der städtischen Kreise eine solche Bedeutung gewonnen und die aus zahlreichen städtischen Verwaltungen mitgeteilten Tatsachen sind so schwerwiegend, daß unseres Erachtens ein sofortiges Eingreifen der Reichsleitung geboten ist. Wir halten, in Ausführung eines kürzlich gefaßten Beschlusses, es für unsere Pflicht, ein Ergreifen auf die bestehenden großen Schwierigkeiten und Bedenken hinzuweisen.

Zigarettenverteuerung.

Die Tabakfabrikanten sind mit den Kriegsgewinnen, die sie durch die Preissteigerungen machten, noch nicht zufrieden; sie kündigen jetzt eine Preiserhöhung für die Tabakfabrikate an. Die neue Schöpfung der Raucher wird mit der Knappheit an Rohmaterial begründet. Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt zu dieser Begründung:

„Diese ist ohne weiteres zuzugeben, wenn sie auch nicht in dem Maße vorhanden ist, wie es vielfach angenommen wird. In erster Linie beziehen wir uns Niederländisch-Indisches Tabak, und dieses Rohmaterial steht uns auch zurzeit reichlich zur Verfügung. Auch aus anderen Ländern ist die Zufuhr nicht ganz unterbrochen worden, während es allerdings mit den amerikanischen Tabaken recht schlecht bestellt sein soll.“

Die Preissteigerung ist eben ein Mittel, um auf den Verbrauch einschränkend einzuwirken. Daß dabei gleichzeitig die Warenhersteller kein schlechtes Geschäft machen, das ist zuzugeben. Sie haben ja bisher schon recht gut abgedröhnt und dürften auch bei kleinerem Umsatz, aber höheren Preisen, auf ihre Kosten kommen. Die geldliche Verteuerung ist es ja nicht allein, die im Tabakgeschäft eine Rolle spielt, obgleich sie auch ganz wesentlich ins Gewicht fällt. Denn wenn eine zehn Pfennig-Zigarette zu zwölf Pfennig verkauft wird, so bedeutet das schon eine Steigerung um 20 Prozent. Aber daneben spielen noch andere Preisverschiebungen mit, die der Raucher meist gar nicht merkt; die Zigarette z. B. ist leichter gewickelt, die Zusammensetzung des Tabaks ist eine etwas andere, meist nicht bessere geworden. Die Formänderungen ermöglichen starke Einwirkungen auf den Preis. Diese Verschiebungen verteuern aber das Fabrikat oft sehr viel stärker als eine geldliche Preiserhöhung. Und mit solchen Preisverschiebungen dürfte in nächster Zeit noch mehr zu rechnen sein, als dies schon in Friedenszeiten der Fall gewesen ist.“

Auskunftsstelle für Frauenberufe. In Gemeinschaft mit dem Kreisrat vom Roten Kreuz, Abteilung IV, hat der Magistrat im Anschluß an das Städt. Arbeitsamt eine Auskunftsstelle für Frauenberufe geschaffen, in welcher Frauen und Mädchen aller Stände, insbesondere den Kriegswitwen und -Waisen, kostenlos Auskunft erteilt wird über sämtliche, dem weiblichen Geschlecht erschlossenen Berufe, sowie über die Ausbildungs- und Anstellungsmöglichkeiten in den einzelnen Berufen. Die Einrichtung einer solchen Beratungsstelle ist umso mehr zu begrüßen, als der Krieg viele Frauen und Mädchen zwingt, einen Beruf zu ergreifen. Da soll es Aufgabe der Beratungsstelle sein, denen die einen Beruf und Erwerb suchen, die geeigneten Mittel und Wege zu zeigen. Die Städt. Beratungsstelle und die Beratungs- und Fürsorgestelle des Kreisratkomitees vom Roten Kreuz für Kriegswitwen und -Waisen sind in einer Sand vereinigt, sodas ein Ueberblick über das ganze Material von Angebot und Nachfrage ohne Zerplitterung ermöglicht ist. Die bisherige Auskunftsstelle des Vereins Frauenbildung-Frauenstudium, die sich mit der Berufsberatung für die wissenschaftlichen Frauenberufe beschäftigt hat, geht in diese Stelle über. Die Beratungsstelle befindet sich im Arbeitsamt, Eingang Schwaboderstr. 16, Zimmer Nr. 3, und ist täglich geöffnet von 8—1 und 3—6 Uhr, mit Ausnahme von Dienstags, Donnerstags und Samstags nachmittags. An diesen Tagen findet die Beratung nur bis 4 Uhr statt.

Die Kommission für Kriegswitwen- und Waisenfürsorge des Kreisratkomitees vom Roten Kreuz (Abteilung IV) beabsichtigt in aller nächster Zeit mit den bereits vorbereiteten Lehrkursen zur Befähigung als Hauspflegerin und Pflegermutter zu beginnen. Durch diese Kurse, die aus ärztlicher und hauswirtschaftlicher Belehrung bestehen werden, hofft man, den Kriegswitwen einen befriedigenden und lohnenden Beruf zu schaffen und zugleich den mütterlosen Kindern und Waisenkinder ein Familienheim zu erhalten, statt sie in die so überfüllten Anstalten unterbringen zu müssen. Aus dem Ertrag der Regelung des „Eisernen Siegfried“ wird ein Teil dazu Verwendung finden, um diesen Zweck zu erreichen. Die Lücke in der Wiesbadener Fürsorgearbeit, die sich besonders während des Krieges fühlbar gemacht hat, die organisierte Hauspflege, würde auf diese Weise ausgefüllt und die Schwierigkeit der Unterbringung von Pflegekindern behoben werden.

Academischer Hilfsbund. Wie uns geschrieben wird, ist vom Hauptauschuss des „Academischen Hilfsbundes“ unter Vorsitz von Dr. Hugo Vöttger, M. d. R. in Berlin, an eine Reihe hiesiger Akademiker das Ersuchen gerichtet worden, auch in Wiesbaden eine Ortsgruppe des „Academischen Hilfsbundes“ in die Wege zu leiten. Die mit den Vorarbeiten dortläufig betrauten Herrn sind zurzeit bemüht, die Briefadressen der Vorstände aller akademischen Vereinigungen und Vereine — ohne Unterschied des Berufes, der Partei oder der Religion — zu ermitteln, um eine Versammlung zustande zu bringen,

in welcher weitere Schritte zur Förderung dieses Werkes zu beschließen sein würden.

Ein lustiges Klosett. Im Hof des Hauses Michelsberg 26 ist ein Klosett auf dem Glasdach des ersten Stods im Freien und in lustiger Höhe aufgestellt. Aufzug und Geländer sind nicht nötig, denn die Klosettchale ist zum Zweck des Auffangens des Urates bestimmt, denn die Bewohner immer auf das Glasdach oder in den Hof geworfen haben. Es gibt eben „reine“ Menschen verschiedener Kategorien. Ein lustiges, aber notwendiges Klosett! —

Aus dem Kreise Wiesbaden.

Diebstahl, 11. Okt. (Protokolltag.) Der längst erwartete Protokolltag tritt nun endlich in Kraft. Von Dienstag an kostet der große Laib (2000 Gramm) nur noch 74 Pfennig, anstatt 78 Pfennig. Der Brötchenpreis ermäßigt sich um 1 Pfennig. Im ganzen Landkreis Wiesbaden ist jetzt ein einheitlicher Brotpreis durchgeführt.

Diebstahl, 10. Okt. (Aus der Partei.) Die Versammlung erfreute sich eines guten Besuches. Genosse Frisch gab die Abrechnung vom dritten Quartal. Die Einnahmen betragen 109,50 Mark, die Ausgaben 154,60 Mark. Bestand 14,90 Mark. Mitglieder sind noch 124 vorhanden, 9 männliche und 30 weibliche. Die Kolportage brachte im Quartal eine Einnahme von 300,85 Mark. Genosse Steitz beantragt Entlastung. Dem wird zugestimmt. Zum Punkt Stadtverordnetenwahl gab Genosse Haupt den Bericht und erwähnte, ob es zu einer Wahl kommen werde, dürfte von den bürgerlichen Parteien abhängen. Es scheiden in der dritten Klasse 4 Stadtverordnete aus, darunter befinden sich unsere Genossen Richter und Köhler, die im Felde stehen. Für ein verstorbenes Mitglied ist eine Ersatzwahl vorzunehmen, so daß 5 Mandate neu zu besetzen sind. Alle Genossen, die sich an der Debatte beteiligten, sprachen sich dahingehend aus, daß unsere beiden Genossen Richter und Köhler in erster Linie wieder in Vorschlag zu bringen sind. Auf das Erklärungsmandat müssen wir auf Grund unserer Stärke Anbruch erheben. Es wird sich zeigen, welchen Standpunkt die Bürgerlichen in dieser Frage einnehmen. Genosse Süßmann gab noch einige instruktive Ausführungen zur Wahl und beantragt ein Gesuch bei dem Magistrat einzureichen, am Wahltag Besucher aus unseren Reihen zu berücksichtigen; desgleichen die Wahlzeit so festzulegen, daß es den Arbeitern möglich ist, ohne Verlust ihr Wahlrecht auszuüben. Der Antrag wird angenommen. Der Vorstand beantragt für die Tauer der Wahlarbeiten den Vorstand zu verstärken. Die Genossen Stetz und Berke werden dazu bestimmt. Genosse Scheffler bringt Beschwerden über mangelhafte Zustellung der „Volksstimme“ vor und ersucht den Vorstand, Abhilfe zu schaffen. Er trat weiter an, Bildungsbestrebungen zu arrangieren. Der Bildungsausschuss wurde ernannt und die Genossen Souer und Süßmann gewählt.

Aus den umliegenden Kreisen.

Die Kreise Usingen und Homburg ein gemeinsamer Versorgungsverband.

Der Kreis Usingen hat mit dem Kreis Homburg einen gemeinsamen Versorgungs-Verband geschlossen. Der Zusammenschluß soll für beide Kreise bedeutende Vorteile bieten, die sich hauptsächlich in den Brot- und Wehlpreisen geltend machen werden. Den Zusammenschluß wird man hauptsächlich in den ärmeren Bevölkerungskreisen freudig begrüßen bezweckt er doch vor allem eine Verbilligung des wichtigsten Nahrungsmittels, nämlich des Brotes.

Die Neuregelung des Brotverkehrs im Kreise Usingen.

Bekanntlich sind mit dem 1. September d. J. seitens der Reichsgetreidestelle das Ausnahmeverhältnis des Brotgetreides herabgesetzt und die Tageskopfmengen für die einzelnen Personen erhöht worden. Diese Bestimmungen gestatteten eine Neuordnung der Tageskopfmengen. Der Kreisausschuss des Kreises Usingen hat nun beschlossen, es bei dem alten Ausnahmeverhältnis zu belassen, dafür aber der vorerwähnten berechtigten Bevölkerung pro Kopf und Woche ½ Pfund Brot mehr zu gewähren. Die neue am 11. d. M. auszugebende Brotkarte gibt demnach jedem Versorgungsberechtigten das Anrecht auf ein Brot von 4 Pfund und Trodengewicht (nach 24 Stunden) und sechs Brötchen oder 200 Gramm Meh I. Das 4 Pfund-Brot entspricht einer Mehmenge von 1370 Gramm.

Weiter hat der Kreisausschuss eine Verbilligung der Brot- und Wehlpreise angeordnet. (Es ist aber auch Zeit, daß der Kreis Usingen als Leberproduzent in Brotgetreide eine Verbilligung einführt. D. B.) Ab 10. Oktober beträgt der Preis für 1 Doppelzentner Roggenmehl 35 Mark und 1 Doppelzentner Weizenmehl 40 Mark. Die Kleinverkaufspreise sind 19 Pfennig für 1 Pfund Roggenmehl und 24 Pfennig für 1 Pfund Weizenmehl. Diese Preise gelten als Höchstpreise. Dem Wehlpreis entsprechend wird der Preis für das neue 4 Pfund-Brot mit 70 Pfennig festgelegt.

Durch diese neue Anordnung wird also nicht nur die Brot- und Wehlpreise vermehrt, sondern auch der Preis des Brotes wesentlich ermäßigt. Es sind nicht zuletzt die Kriegerväter des Kreises, die diese Maßnahme mit heller Freude begrüßen werden.

Außerdem werden noch an wirklich schwer arbeitende Versorgungsberechtigte Zusatzbrotarten abgegeben. Selbstversorger sollen unter keinen Umständen Brotarten erhalten.

+ Königstein, 9. Okt. (Von Freiheitsdrang besetzt) war ein hiesiger Väterlehrling, der, nachdem er vorher seinem Meister noch Hundengelde unterschlagen hatte, jetzt an der holländischen Grenze festgenommen wurde. — (Die hiesige Kriegsfürsorge) hat für das kommende Jahr den Ruheheim die bisher hiesige wirtschafteten Grundstücke weiter überlassen. Nur sollen sie jetzt 1,50 Mark Anerkennungsgebühr an die Gemeindefasse abgeben.

Idstein, 10. Okt. (Bürgermeisterkonferenz.) Am Rathausaal fand eine Besprechung der Bürgermeister

verschiedener Konsumstände. In den Beratungen, die vertraulicher Natur waren, nahmen Vertreter der Städte Jdsheim, Oberursel, Camberg, Hofheim, Königstein und Hochheim teil.

Genau, 11. Okt. (Für bevorstehenden Stadtverordnetenwahl) nimmt am Dienstag den 12. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, im Saalbau eine außerordentliche Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Stellung. Wir erlauben, angesichts der wichtigen Tagesordnung, die Parteigenossen und auch unsere Frauen, am Dienstag recht zahlreich zu erscheinen. Ohne Mitgliedsbuch als Legitimation kein Zutritt.

Friedberg, 10. Okt. (Preissfestsetzungen.) Für den Kreis Friedberg hat der Lebensmittel-Prüfungsausschuss neue Preise festgesetzt, die gegen die bisherigen bei verschiedenen Sorten eine wesentliche Herabsetzung bedeuten. Der Verkaufspreis für den Doppelkornmehl Weizenmehl Speisefarrottefeln beträgt 6-7 Mark. Im Einzelverkauf darf der Preis für das Pfund Kartoffeln 5 Pfg. nicht übersteigen, nur Rüchsenkartoffeln dürfen bis zu 8 Pfg. das Pfund abgezogen werden. Landbutter kostet 1.70-1.75 Mark das Pfund. Wetterauer Süßrahmbutter 2.20 Mark. Der Wolkereiverkaufspreis beträgt vom 11. Oktober ab 2.10 Mark für das Pfund Süßrahmbutter, auch für den Verkauf nach auswärt. Das Preisamt verbietet ferner unter Androhung der gesetzlich höchsten Strafen Preisverabredungen von Verkäufern und Interessenten zur Erzielung höherer Lebensmittelpreise als vorgeschrieben sind. Die Vorschrift gilt besonders auch für die Wolkereien. Auch wer Lebensmittelvorräte dem Verkehr entzieht, um sie später oder anderwärts für höhere Preise zu verkaufen, kommt durch das Preisamt zur Anzeige. Auch diese Maßnahmen werden bei den Bauern wenig fruchten. Die Preise sind festgesetzt, aber vorläufig werden keine Produkte abgegeben, gerade wie im vorigen Jahre, wo alles verkauft konnte.

Siegen, 10. Okt. (Kartoffeln.) Ab 11. Oktober verkauft die Stadt wieder Kartoffeln am Lagerhaus Menke für 3.70 Mark pro Zentner. Der Kriegsausschuss für Konsuminteressen wagt vor zu frühen Ankäufen und bittet um Namensnennung derjenigen Lieferanten, die zu hohe Preise forderten, da 3.50 Mark pro Zentner frei Keller eine genügende Bezahlung sei. (Das ist sogar ein unerhört hoher Preis. Red. d. „Volksst.“)

Wissen a. d. Sieg, 11. Okt. (Kriegsopfer.) Die Direktion der Rhen und Wilhelmer Eisenhütten A. G. veröffentlicht eine Liste ihrer im Kriege gefallenen Werkangehörigen, deren Zahl bis jetzt 42 beträgt. (Ein französischer Gefangener tödlich verunglückt.) Beim Bahnbau des Piersbergertunnels verunglückte der Gefangene W o j o i s o schwer, daß er bald darauf verstarb.

Saarbrücken, 10. Okt. (Ein Spionageprozeß.) Wegen Verrats militärischer Geheimnisse in den Jahren 1912 und 1913 wurde am Freitag der Arbeiter Johann Karl Müller aus Rastatt-Buech vor Reichsgericht zu vier Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust verurteilt. Nach den Feststellungen des Gerichts stand Müller in Beziehung zu dem französischen Nachrichtendienst. Die Einzelheiten herauszulegen, ist nicht gelungen; bestimmt erwiesen ist aber, daß er eine Zeichnung der Eisenbahnlinie von Saarbrücken nach Metz im Interesse der Landesverteidigung geheimhalten sei, was aber nicht der Fall war. Auf die Anklage Müllers hin hat der bereits am 24. Oktober 1913 zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilte Bureaugehilfe Karl W i o l e s s i am 29. Januar 1913 aus dem Militärgefängnis V in Metz mittels Einbruchs 25 Druckschriften, eine Maske mit Schriftrollen und eine Ränderkarte entwendet und ihnen in Differenzen übergeben. Müller hat diese Sachen dann nach Paris gebracht und dem Kriegsministerium ausgehändigt. Sowohl Müller als W i o l e s s i waren der ertigen Meinung, daß es sich um geheimzuhaltende Sachen handele und daß deren Preisgabe die Sicherheit des Deutschen Reiches gefährden werde. In der Verhandlung Müllers wurde deshalb nur ein Versuch des Verrats militärischer Geheimnisse erkl. Inwieweit ist er der Anklage zum schweren Diebstahl für schuldig befunden worden.

Aus Frankfurt a. M. Ortkrankenlastentag.

Frankfurt a. M., 11. Oktober. Im Zoologischen Garten begann heute vormittag die diesjährige Tagung des Hauptverbandes deutscher Ortkrankenkassen. In Vertretung des Krieges war die Tagung nicht so zahlreich besucht wie die üblichen Hauptversammlungen des Verbandes. Es waren nur Vertreter der Unterverbände und einzelner größerer Ortkrankenkassen anwesend: 100 Delegierte gegen sonst ungefähr 800. Der Hauptzweck der Tagung ist, wichtige Fragen, deren Regelung sich nicht hinausschieben läßt, zu erledigen. Als Gäste wirkten den Verhandlungen bei als Vertreter der Stadt Frankfurt a. M. Senator S i l l e r, vom Oberberufungsamt Straßburg Geh. Regierungsrat G e r b e r, vom Oberberufungsamt Wiesbaden Regierungsrat Dr. M e n z e l, ferner waren einige Versicherungsämter vertreten. In seiner Eröffnungsrede gedachte der Vorsitzende des Verbandes, Landtagsabgeordneter F r ä h d o r f (Dresden), zunächst unserer tapferen Krieger, die bei großer Entbehrung und Gefahr unser Vaterland schützten. Er entbot den Truppen die herzlichsten Grüße und Wünsche des Kampfes und betonte dann, wenn auch heute das wichtigste sei, das Vaterland zu verteidigen, so wäre es andererseits unsere Aufgabe, im Innern des Landes für geordnete Verhältnisse zu sorgen, daß wenn die Truppen zurückkommen, alles getan wird, um die Wunden, die geschlagen sind, zu heilen. (Beifall.)

Stadtverordneter G r ä f (Frankfurt a. M.) begrüßte den Kongress namens des Vorstandes der Allgemeinen Ortkrankenkassen Frankfurt a. M. Er wünschte der Tagung besten Erfolg. Dann trat der Kongress in die Verhandlungen ein.

Zur Petroleumversorgung der Bevölkerung schreibt man uns: Noch Roten in den hiesigen Zeitungen vom 6. d. M. beschäftigt sich der Magistrat zurzeit mit der Petroleumversorgung der Rinderbrenntellen und stellt die Einführung von Petroleumkarten in Aussicht. Diejenigen Kreise der Bevölkerung, die nicht unbedingt auf Petroleum angewiesen sind, werden ersucht, möglichst Gas oder Elektrizität zu verwenden und mit dem Petroleumverbrauch zugunsten der Rinderbrenntellen zu sparen. Hieran anschließend gibt der Verband der elektrotechnischen Installationsfirmen folgendes bekannt: Bei den heutigen Preisen für Petroleum und Elektrizität kostet elektrische Beleuchtung kaum 1/2 der Petroleumbeleuchtung. Um nun auch den Rinderbrenntellen den Gebrauch des elektrischen Lichtes zu ermöglichen, das so außer der Willkür noch wesentliche andere Vorzüge hat, läßt das hiesige elektrische Lichtwerk in kleinen Wohnungen elektrische Anlagen auf seine Kosten herstellen und vermietet dieselben zu einem sehr geringen Betrag. Da auch die Hausbesitzer ein großes Interesse an der Einführung der elektrischen Beleuchtung haben, so werden auch die Mietinstallationen sehr schnell Eingang finden. In den meisten Häusern, die mit elektrischer Beleuchtung versehen sind, wird aber heute

noch Petroleum gebraucht und zwar in den Rinderbrenntellen und in den Waschküchen, weil sich die Mieter mit dem Hauswirt über die Vergütung für das Licht nicht verständigen konnten. Bei dem hier üblichen Preis von 40 Pfg. für die K. 10-Stunde kostet eine Lampe von 25 Kerzen 1 Pfg. und von 50 Kerzen 2 Pfg. pro Stunde. Wenn der Hauswirt 1/2 Pfg. pro Stunde für Lampenerlöse mehr von seinen Mietern erhebt, so kommt er dabei auf seine Kosten. Von Petroleum sich frei zu machen, ist also gar nicht schwer, wenn man den Willen dazu hat.

Karl Jbsen gestorben. Aus Newyork wird dem „Vorwärts“ geschrieben: Wieder ist einer der alten Kämpfer dahin, die in der schweren Zeit des Sozialistengesetzes treu zu Partei des Proletariats standen. Den Jüngeren ist der Name Karl Jbsen wenig bekannt, aber in den achtziger Jahren wurde sein Name in Deutschland sehr häufig genannt. War der Verstorbene doch eines der ersten Opfer des Polizeizats R u m p f in Frankfurt a. M. Jbsen wurde ein Jahr nach dem Erlaß des Sozialistengesetzes beschuldigt, einen Meineid geschworen zu haben, um einen Genossen zu retten, den man angeklagt hatte, Sebels Buch „Die Frau“ verbreitet zu haben. Auf die nichtigen Indizien hin wurde er für schuldig befunden und zu einer dreijährigen Zuchthausstrafe verurteilt. Karl Jbsen lächelte die harte Strafe ab, konnte sich nach seiner Freisetzung der Verfolgung durch die Behörden nicht entziehen und wanderte deshalb nach den Vereinigten Staaten aus. Hier hat er seine parteipolitische und gewerkschaftliche Tätigkeit, die er in Frankfurt a. M. begonnen, mit ununterbrochenem Mut und Schaffensdrang fortgesetzt. Namentlich die Gewerkschaft der Brauer hat ihm viel zu danken. In Newyork redigierte er die „Brouer-Zeitung“ und die „Wäcker-Zeitung“; später leitete er die damals in Pittsburg und Cleveland bestehenden Arbeiterzeitungen, um dann in die Redaktion der „Newyorker Volkszeitung“ einzutreten, die dem Verstorbenen einen warmen Nachruf widmet. Doch die Wunden, die ihm die Justiz geschlagen, brennen nicht. Die schweren Leiden, die er ertragen, erzeugten eine Gemütskrankheit, die ihn in den letzten Jahren zur Arbeit unfähig machte. In dieser bedauerlichen Verfassung machte der wackere Kämpfer am 23. September in Newyork seinem Leben durch einen Selbstmord ein Ende.

Genosse Bernhard Matthes gestorben. Die Bodenheimer Partei hat eines ihrer ältesten und rührigsten Mitglieder verloren, den Genossen Bernhard Matthes. Am Samstag ist er an einem Nierenleiden gestorben. Von Beruf Schmied, war er früher in der Eisenbahnwerkstätte, in den letzten Jahren bei der Firma Polborn & W i t t e k o n d beschäftigt. Im Einverständnis mit seiner Organisation übernahm er dort die ihm von der Firma angetragene Stelle eines Meisters. Seine Kollegen werden es ihm nicht vergessen, daß er auch in dieser für einen organisierten Arbeiter recht schwierigen Stellung die gewerkschaftlichen Grundsätze hochgehalten und treue Solidarität und Kameradschaft geübt hat. Auch in der politischen Organisation, bei Wahlen und der Kleinarbeit hat der Verstorbene stets seinen Mann gestellt. Auf dem Krankenlager noch hat er die Parteivorstände mit Interesse verfolgt. Ganz besonders aber war er um das Wohl seiner Familie bedacht; die Sorge um sie kam noch in den letzten Stunden zum Ausdruck. Aufrechtig betrauert die Bodenheimer Arbeiter ihren toten Freund; sie denken an ihn einen wackeren Kameraden und wird sein Andenken ehren. Die Beerdigung dieses braven Reichens erfolgt Dienstag vormittag halb 10 Uhr vom Bodenheimer Friedhofe aus.

Frankfurter Arbeitsmarkt. Beim Städtischen Arbeitsamt waren am 11. Oktober gemeldet: Offene Stellen: 4 Ackerknechte, 2 Kuhknechte, 2 Ochsenknechte, 1 Schweizer, 1 Gärtner, 10 Hausbeschlagnahme, 5 Feuer- und Fabriktschmiede, 5 Jungschmiede, 10 Bauarbeiter, 50 Schloffer für Eisenwerkstätte, 3 Monteur für Zentralheizung, 20 gelernte Eisendreher, 20 gelernte Metallendreher, 20 Automobilreparatur, 5 Formner, 5 Kernmacher, 6 Maschinenschloffer, 1 Monteur für Transformatorbau, 10 Werkzeug- und Schnittmacher, 5 Kesselschmiede, 1 Elektromonteur für Starkstrom, 3 Heizer, 1 Steinmetz, 4 Wagner, 2 Tapezierer für Matrassen, 2 Modellschreiner, 2 Maschinenarbeiter (Fräser), 1 Holzbildhauer, 2 Hüter für Holzarbeit, 10 Maurer, 16 Zimmerer, mehrere Schuhmacher, 3 Bäder, 3 Kartonnagearbeiter, 3 Steindruckmaschinenmeister, 2 Schweizerbogen, 2 selbständige Köche, 1 Konditor, 3 junge Hausdiener, 10 Küchenburden, 2 Papier für Büfener, 4 Fahrbuschler, 18 Lagerarbeiter, 6 Sicherheitsarbeiter, 100 Fabrikarbeiter, 4 Kesselfeimer, 10 Monteurarbeiter, 10 Erdarbeiter, 10 Bautageelöhner, 12 Brauer, 7 Brauereihilfsarbeiter, 2 Köche, 8 Köchinnen, 1 Hausmädchen, 2 Wädden; Arbeitsuchende: 3 ältere Tagelöhner, 2 ältere Gartenarbeiter, 1 verheirateter Oberfräseier, 11 Baufräseier (Anschläger), 13 Bau- und Möbelschreiner, 6 Maler und Weißbinder, 2 Parteilieferer, 1 Drechsler, 1 Holzmaschinenarbeiter, 1 Bäder, 2 Schneider, 1 Küchenchef, 2 junge Köche, 1 Hotelportier, 15 ältere Kellner, 5 Soal- und Restaurationsteller, 20 junge Fabrikarbeiter, 8 Köchinnen, 2 Kaffeeköchinnen, 6 Servierfräulein, 2 Büfettfräulein, 10 Zimmermädchen, 6 Beschließerinnen, 10 Alleinmädchen, 5 Haushälterinnen, 1 Hauslehrerin, 61 Fabrikarbeiterinnen, 33 Näherinnen, 64 Heimarbeiterinnen, 156 Strickerinnen, 6 Verkäuferinnen, 5 Kontoristinnen, 1 Sprachlehrerin, 1 Korrespondentin (französisch), 1 Kindergärtnerin, 18 Kinderfräulein, 15 Stützen.

Geldstrahlwader. Wiederholt wurde schon an dieser Stelle vor einem Bureauinbrecher gewarnt. Er bricht vornehmlich in der Mittagszeit in Bureaus ein und hat es nur auf Kassetten und Kassenstrahlwader abgesehen, die in einfachen Schreibtischen verwahrt werden. Mit diesen schließt er auf und entnimmt den Kassenstrahlwader Geldbeträge. Auf gleiche Weise gelang es dem Einbrecher am 7. ds. Mts. einen größeren Geldbetrag zu erlangen und damit zu entkommen.

Rechnungsnehmer Einbrecher. In vergangener Nacht haben Einbrecher einem Rechnerladen in der Frierischen Gasse einen Besuch abgestattet. Die Einbrecher wurden überrascht und verfolgt. Einem gelang es, zu entkommen. Der zweite wurde jedoch von einem Wächter der Frankfurter Bau- und Schlichtgesellschaft im Schärfschützen mit Hilfe des Wächterbundes festgenommen und der Polizei übergeben.

Warnung. „Durch Pulverdampf und Angelregen“ benennt ein gewisser Kron W a f f e aus Liegnitz bei Breslau ein Buch, das 800 Seiten stark und mit Bildern versehen sein soll und das er gegen Voreinlösung von 75 Pfennig ausgeben werde. Kron W a f f e ist allem Anschein nach ein Betrüger, der von Stadt zu Stadt zieht, seine Lockangebote in den Zeitungen veröffentlicht und die Vorauszahlungen einfordert, ohne daß in Aussicht gestellte Buch zu liefern. Sollte der Aufenthalt des W a f f e bekannt werden, so wolle man dies unverzüglich der Zentralstelle zur Bekämpfung der Schwindelfirmen in Lübeck mitteilen. Dort wollen auch von Beschl. Geschädigte ihre Beschwerden vordringen.

Warnung vor Darlehenswählern. Wiederholt wird das Publikum gewarnt, sich nicht mit Darlehensgebern einzulassen; denn die Tätigkeit solcher Darlehensvermittler ist fast in allen Fällen als betrügerisch und gemeingefährlich anzusehen und darauf berechnete, sich dabei Vorteile zu verschaffen. Nur in den wenigsten Fällen werden von diesen Vermittlern Darlehen gegeben; meistens müssen die Darlehensnehmer Vorläufe für angebliche Auskünfte geben, um am Ende doch kein Geld zu bekommen. Deshalb übe man Vorsicht vor diesen „Menschenfreunden“!

Keine Verzichtleistung auf Versorgungsgebühren. Das preussische Kriegsministerium hat in einem Erlaß darauf hingewiesen, daß in seinem Hause zulässig ist, eine Verzichtleistung auf gesetzlich zustehende Militärversorgungsgebühren zu fordern. Bietliche sei es selbstverständliche Pflicht der Truppenteile und Behörden, für die Zu-

billigung etwa zustehender Versorgungsgebühren auf das weitestgehende besorgt zu sein.

Briefkasten der Redaktion.

Häufiger S. Uns ist davon nichts bekannt. G. O., Frankfurt. Kriegsverwendungsbefähigt besagt, der Befragte kann für jeden Dienst (Bureau, Garnison, Arbeitsdienst usw.) Verwendung finden. Felddienstfähig besagt, daß er speziell für den Felddienst verwendet wird.

Aus der Metallarbeiter-Internationale.

Zu dem Beschlusse der englischen Metallarbeiter, den Sitz ihrer Internationale nach England zu verlegen und mit den Organisationen in Deutschland und Oesterreich jede Verbindung abzubrechen, bemerkt die „Schweizerische Metallarbeiter-Zeitung“ treffend: „... Uns scheint, die britischen Genossen, die doch sonst alles gründlich erdauern, waren etwas vorzeitig. Neben den Sitz des Bundes haben nicht sie allein zu befinden, das ist eine Sache, die die anderen Sektionen auch etwas interessiert. Aber auch abgesehen vom Vorgehen ist der eigenmächtige „Ausbruch“ von Deutschland und Oesterreich ein Unikum. In einer solchen „Internationalen“ hätten wir in der Schweiz und wahrscheinlich auch unsere Genossen in den skandinavischen Ländern und in Holland ein recht wichtiges Interesse, denn gerade mit Deutschland und Oesterreich unterhalten wir bisher die regsten internationalen Beziehungen. Gerade die Deutschen und die Oesterreicher nahmen es aber auch ernst mit den internationalen Solidaritätspflichten. Eine Internationale ohne sie ist undenkbar.“

Die Umsätze der Großverkaufsgesellschaften in 1914.

Das „Internationale Genossenschafts-Bulletin“ stellt folgende Zahlen fest:

	Umsatz Mark	Zunahme Mark	Proz.
C. M. S., Manchester	712 180 685	72 232 685	10,14
S. G. B. S., Glasgow	192 277 834	9 411 560	4,88
W. G., Hamburg	157 524 040	3 478 724	2,28
N. D. B., Kopenhagen	79 760 638	8 006 250	10,70
E. S. A., Basel	37 291 200	1 080 853	2,88
Sangha, Budapest	25 500 000	1 530 000	5,93
Restaurants, Helsingfors	20 068 581	1 223 206	6,09
N. A. L., Christiania	3 440 602	646 068	18,76

Die stärkste Zunahme finden wir also in den neutralen Ländern. Es fehlen übrigens in der Statistik u. a. Schweden, die Niederlande und Oesterreich.

Aus der Partei.

Der holländische revolutionär-sozialistische Bund.

Von unserem holländischen je-Mitarbeiter: Alle Blätter bringen jetzt das Manifest der Konferenz in Zimmerwald, an der sich auch Vertreter der sozialistischen Partei Hollands beteiligt haben sollen.

In Parteikreisen hat man sich nicht wenig gewundert über diese erstaunliche Nachricht, da nämlich keiner der bekannten Genossen unter den Teilnehmern war. Bald stellte sich heraus, daß die ehemalige Genossin, Frau Roland Holt, die einzige Vertreterin „der sozialistischen Partei“, wie es im Manifest heißt, war. Frau Roland Holt ist nicht Mitglied der holländischen Partei, sondern hat vor einigen Monaten eine Partei für sich, aber eigentlich einen Verein gegründet, den „Revolutionär-sozialistischen Bund“. An diesen haben sich vielleicht 20 bis 30 Parteigenossen, die keine neue Partei gründen wollten angeschlossen. Der Bund gibt eine Monatschrift „Die Internationale“ heraus. Das sieht zwar nun alles sehr großartig aus, aber man erfährt jetzt durch die Blätter, daß am Sonntag den 26. September der Bund eine Generalversammlung abhielt, um — sich aufzulösen. Die Gründe sind wohl darin zu suchen, daß der Bund ebensobiele Richtungen wie Mitglieder vertritt.

Aus der schwedischen Sozialdemokratie.

Dem letzten erschienenen Jahresbericht der schwedischen Bruderpartei entnehmen wir, daß auch während der jetzigen Zeit der Arbeit auf allen Gebieten Fortschritte gemacht werden konnten. Die Mitgliederzahl stieg von 75 444 auf 84 410, also um fast 9000, die sich auf 730 Parteivereine verteilten. In den Stadtverordnetenversammlungen sitzen jetzt 426 Parteimitglieder gegen 360 im Vorjahre, während die sozialdemokratischen Gemeindevorsteher sich von 142 auf 754 vermehrten. Auch in sonstigen öffentlichen Körperschaften wächst der Einfluß der Partei zusehends. In kommunalen Körperschaften, wie in Schulräten usw., sind jetzt 4786 Sozialdemokraten tätig gegen 2691 im Vorjahre. Nur die Frauen- und Jugendorganisation geben zurück. Die Frauenflüss zählen noch 838 Mitglieder und der Jugendbund, der es 1908 auf 12 905 Mitglieder gebracht hatte, ist auf 7000 Mitglieder in 275 Gruppen gesunken.

Telegramme.

Neuer Oberbefehlshaber der französischen Marine.

Paris, 11. Okt. (W. B. Nichtamtlich.) Auf Antrag des Marineministers wurde der Vizeadmiral d'Artige Dufourmet als Nachfolger des Admirals Boue de Laparriere, der krankheitsbedingt vom Amte zurücktritt, zum Oberbefehlshaber der französischen Kriegsflotte ernannt. d'Artige kommandierte seit Kriegsausbruch das syrische Geschwader und sodann das Dardanellengeschwader.

Die Scheu vor der Geheimtagung.

Paris, 10. Okt. (W. B. Nichtamtlich.) Im gestrigen Ministerrat kündigte der Ministerpräsident, der während der Erkrankung Delcassés vertretungsweise das Ministerium des Äußern leitete, an, daß er diese Woche in der Kammer und im Senate die Erklärungen über die diplomatische Lage abgeben und sich sodann mit den zuständigen Ministern den Parlamentsausschüssen zur Verfügung stellen wird. Die Ankündigung Vivianis ist anscheinend auf die lebhafteste Erregung in den Senatoren- und Deputiertenkreisen zurückzuführen, welche diesmal entschlossen schienen, die Abhaltung von geheimen Parlamentsitzungen durchzusetzen. Die Regierung hofft offenbar, durch die Abgabe der Erklärung in den beiden Häusern eine ihr unangenehme Geheimtagung vermeiden zu können.

Wiesbadener Theater.

Königliches Theater.

Dienstag, 12. Okt., 7 Uhr: „La Traviata“.
Mittwoch, 13. Okt., 7 Uhr: „Die verkaufte Braut“.
Donnerstag, 14. Okt., 8 1/2 Uhr: „Lannhäuser“.
Freitag, 15. Okt., 7 Uhr: „Der Widerspenstigen Zähmung“.
Samstag, 16. Okt., 7 Uhr: „Die Fäustler“.
Sonntag, 17. Okt., 7 Uhr: „Aida“.
Montag, 18. Okt., 7 Uhr: I. Symphoniekonzert.

Gewerkschaftshaus Wiesbaden

Wellritzstr. 49. (Zentralherberge) Wellritzstr. 49.
Billige Speisen und Getränke.

Kegelebahn und angenehme Aufenthaltsräume. Gilt sich allen Freunden sowie auswärtigen Gewerkschaften und Vereinen bei Ausflügen bestens empfohlen. 01578